

Willy Brandt, Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa: Auszug über Europas Vereinigte Staaten

Legende: Im April 1940 zeigt Willy Brandt von seinem norwegischen Exil aus einen Weg für die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf. Seiner Ansicht nach befinden sich die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn im Kern dieser Debatte und sind das zentrale Element auf dem Weg zu einer europäischen Föderation.

Quelle: BRANDT, Willy. Berliner Ausgabe. LORENZ, Einhart (Hrsg.). Grebing, Helga; Schöllgen, Gregor; Winkler, Heinrich August im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Band 1: Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck-Exil in Norwegen (1928-1940). Berlin: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2002. ISBN 3-8012-0301-8. p. 474-482.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_die_kriegsziele_der_großmächte_und_das_neue_europa_auszug_uber_europas_ve_reinigte_staaten-de-04382479-b680-410d-9a06-d5f337abf8df.html

Publication date: 03/07/2013

Willy Brandt, *Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa*

Europas Vereinigte Staaten

[...]

Sammlung in Etappen?

[...]

Das zentrale Thema ist jedoch das Verhältnis zwischen den Ländern Mitteleuropas und den angrenzenden osteuropäischen Ländern, mit andern Worten, das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn. Die Lösung, die man 1919 fand, war nicht zufriedenstellend. Zwar erhielten eine Reihe von Nationen das Recht auf nationale Unabhängigkeit, die sie verlangt hatten. Dadurch wurden aber gleichzeitig in mehreren kleineren Staaten dieselben Probleme geschaffen, die die österreichisch-ungarische Monarchie gesprengt hatten. Die ursprünglichen Wirtschaftsverbindungen wurden zerrissen. Tausende Kilometer von Zollgrenzen entstanden in einem Gebiet, das vorher wirtschaftlich eng miteinander verflochten war. Bei der Nationalitätenmischung, die in dieser Ecke Europas existiert, musste jede Grenzziehung zur Folge haben, dass auf der anderen Seite der Grenze große Minderheiten entstanden. Die Minoritätenfrage wurde durch die von den Siegermächten an verschiedenen Stellen durchgesetzte willkürliche Grenzziehung weiter kompliziert. Die neuen unabhängigen Staaten entfalteten eine Selbstüberschätzung, die auf Kosten der nationalen Minderheiten ging. Heute ist man sich mancherorts darüber im Klaren, dass man bei der Neuordnung nach dem Kriege andere Wege gehen muss. In seiner Nummer vom 25. November 1939 drückt der „Economist“ dies wie folgt aus: „Es ist zu hoffen, dass die Fehlentscheidungen von 1919 nicht wiederholt werden, dass es nicht wieder zu einer Balkanisierung Mitteleuropas kommt.“

Alle Projekte zur Verbesserung der Verhältnisse zwischen den osteuropäischen Ländern rühren nicht an der wichtigen Frage der zukünftigen Ordnung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten. Viele Argumente sprechen für einen föderativen Zusammenschluss zwischen Deutschland und diesen Ländern. Die gesamte mittel- und osteuropäische Gruppe hat starke gemeinsame wirtschaftliche Interessen. [...] Die Bedingungen für den Handel würden wesentlich verbessert werden, wenn man Deutschland und die osteuropäischen Länder, von denen hier die Rede ist, in eine gemeinsame föderative Organisation einfügen könnte. Die Lösung der Minderheitenfrage würde dann auch viel leichter werden. Bei gemeinsamen nationalen Grundrechten für das Gebiet der ganzen Föderation bestünde für einzelne Länder kein Grund, „ihre“ Minderheit auf der anderen Seite der Grenze zu gebrauchen und zu missbrauchen.

Der Nationalsozialismus hat versucht, daraus Vorteile zu gewinnen, indem er die Freiheit und Selbstständigkeit der Nachbarländer mit Füßen trat. Eine demokratische Föderation in Mitteleuropa kann nur zustande kommen, wenn sie nicht durch ein imperialistisches Deutschland dominiert wird. Die slawischen Völker werden niemals freiwillig eine föderative Ordnung akzeptieren, solange sie fürchten müssen, Ausbeutungsobjekte des deutschen Imperialismus zu werden. Eine weiterreichendere Zusammenarbeit in Mitteleuropa wird nicht auf der Grundlage von Gleichheit und Freiwilligkeit zustande kommen, solange der deutsche Imperialismus nicht beseitigt ist. Auf der anderen Seite muss man damit rechnen, dass die Stimmung in den slawischen Ländern gegen eine feste Zusammenarbeit mit Deutschland auch nach einer Umwälzung in Deutschland bestehen bleibt.

Voraussetzungen für eine europäische Sammlung.

Die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Länder wird am besten dann gesichert, wenn alle Länder sich unter gemeinsame Rechtsregeln und -organe begeben. Aber dann muss es auch eine absolute Voraussetzung sein, dass gleiches Recht für alle Nationen herrscht. Sonst wären die internationalen Behörden nur ein neues Machtmittel für die Interessenpolitik einzelner Großmächte, die dann sogar bewusst mit der moralischen Unterstützung versehen wären, die eine internationale Organisation geben würde. Die britische Vereinigung für den Völkerbund hat diese Frage in einer Weise formuliert, die recht typisch für die demokratische Auffassung in der englischen Debatte ist. Sie erklärte in einer Resolution, die kurz nach

Kriegsausbruch verabschiedet wurde: „Das Prinzip des gleichen Rechts für alle Staaten muss festgelegt werden. Auf der anderen Seite muss die nationale Souveränität in dem Umfang begrenzt werden, wie es die Sicherheit und das Wohl der Weltgesellschaft erfordern.“

Damit gelangt man auch zur Frage der Neutralität. Das Prinzip der unbedingten Neutralität passt schlecht zur Forderung nach europäischer und internationaler Gemeinschaft. Neutralität kann immer eine Formel werden, um sich unangenehmen Pflichten zu entziehen. [...]

Gleiches Recht für alle Nationen.

Die demokratische Auffassung von Europas Neuordnung fordert, dass alle Nationen gleiche Rechte haben. Das Selbstbestimmungsrecht muss für alle gelten: für Deutsche ebenso wie für Franzosen, für Inder und Engländer, für Russen und Finnen.

In erster Linie ist die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen für die Völker aktuell, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit als Opfer von Gewalt- und Kriegspolitik verloren haben. Es kann keinen gerechten und demokratischen Frieden geben, wenn nicht die Resultate des zwischenstaatlichen Terrors aufgehoben werden.

Aus diesem Grund kehrt man in der Debatte über die Kriegs- und Friedensziele immer wieder zu der Forderung zurück, dass die Besetzungen Polens, der Tschechoslowakei usw. aufgehoben werden müssen. Erst auf dieser Grundlage wird man diskutieren können, ob es klug ist, zu den Verhältnissen zurückzukehren, die es vor der Okkupation gab. Wenn man das Selbstbestimmungsrecht der Nationen respektiert, ist es nicht wahrscheinlich, dass Polen in den Grenzen wiederentsteht, die es nach dem Weltkrieg erhielt. Das neue Polen würde sich dann um das eigentliche polnische Gebiet sammeln, so wie es auch in *Norman Angells* Buch über die Kriegsziele angedeutet wird.

Norman Angell ist auch nicht davon überzeugt, dass die Tschechoslowakei unter allen Umständen in ihren alten Grenzen wiedererstehen muss. Aber auch von denen, die davon ausgehen, dass die sudetendeutschen Gebiete wieder Teile eines tschechoslowakischen Staates werden, ist darauf hingewiesen worden, dass die Sudetendeutschen die gleichen Rechte bekommen sollten wie die übrigen Bürger des Staates. Wenn die Tschechoslowaken heute nationales Selbstbestimmungsrecht fordern, müssen sie auch gegenüber anderen Völkerschaften ein gewisses Entgegenkommen zeigen.

Diejenigen, die eine konsequent demokratische Auffassung vertreten, treten auch dafür ein, dass die Bevölkerung in Österreich frei entscheiden können muss, welchen Weg sie gehen will. Nach dem Weltkrieg gab es besonders unter den österreichischen Arbeitern einen starken Wunsch, sich der deutschen Republik anzuschließen. Die Sieger widersetzten sich dieser Sammlung des deutschen Volkes. Sie zwangen stattdessen die Österreicher, einen Staat zu errichten, der wirtschaftlich nicht lebensfähig war. Die Arbeiter in Österreich haben nie die nazistische Okkupation akzeptiert, aber es ist denkbar, dass sie einem demokratischen Deutschland angehören möchten. Während die Regierungen der Westmächte sich nicht festgelegt haben, hat die englische Arbeiterpartei deutlich erklärt, dass die Bevölkerung sowohl in Österreich *wie in Deutschland* das gleiche Recht auf Selbstbestimmung haben soll wie alle anderen Völker.

Es ist einleuchtend, dass sich die Bedingungen des Moskauer Friedens vom 12. März 1940 nicht aufrecht erhalten lassen, wenn man dem Prinzip des gleichen Rechts für alle Völker folgt.

Auch in den Fällen, in denen der Angriff auf andere Nationen nicht den Charakter eines direkten Überfalls hatte, sagt man, dass das Volk seine Selbstständigkeit zurückerhalten können muss. Eine Revision der Grenzen in Südosteuropa wird bei einer ernsthaften Neuordnung nach dem Krieg ebenfalls nicht zu umgehen sein.

Der Faschismus und der Nazismus vertreten die Ansicht, dass die kleinen Nationen nicht die Bedingungen erfüllen, um langfristig ihre Selbstständigkeit aufrecht erhalten zu können. Das Hauptorgan der Nationalsozialisten schrieb noch 1939: „Im internationalen Leben gibt es keine unbedingte Freiheit. Es ist

klar, dass sich kleine Länder und Völker an ihre Großmachtnachbarn anlehnen, auf alle Fälle wirtschaftlich". Und im März 1940 begründete ein Sprecher des deutschen Außenministeriums Russlands Aktion gegen Finnland mit „der natürlichen Forderung der großen Mächte nach Lebensraum“.

Die Theorie von „Lebensraum“ und Sonderrechten für die großen Nationen muss aufgegeben werden, wenn ein gerechter Frieden in Europa geschaffen werden soll. Eine Nation muss Gelegenheit erhalten, sich aus freiem Willen einer größeren Einheit anzuschließen. Aber sie muss sich auch von diesem größeren Zusammenschluss trennen können. Im Gegensatz zu den späteren russischen Politikern hat *Lenin* gerade auf die Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker großen Wert gelegt. Solche Entscheidungen können, auf längere Sicht, fatal sein. Aber noch fataler ist es, wenn die Mehrheit eines Volkes mit Macht in eine Beziehung gezwungen wird, die sie in Wirklichkeit nicht wünscht.

Die Politiker mit einem weiteren Blick scheinen sich auch darüber im Klaren zu sein, dass bei der Erarbeitung der neuen Europakarte keine strategischen oder andere Rücksichtnahmen auf Machtfragen genommen werden müssen. Ihre Forderungen beinhalten, dass so gerechte Grenzen gezogen werden müssen wie möglich.

Aber so, wie die Volksgruppen durcheinandergewürfelt sind, besonders in Mitteleuropa, ist es unmöglich, ganz gerechte Grenzen zu ziehen. Die Minderheitenfrage lässt sich auch nicht abschaffen. Wenn man die jetzigen Grenzen noch so sehr ändert, es werden immer beachtliche Minderheiten auf der anderen Seite der Grenze wohnen bleiben. Die Frage ist dann, wie man die Rechte der Minoritäten schützen kann.

Die Diktaturen setzen sich für Zwangsumsiedlungen ein. Die Südtiroler wurden von dem Boden vertrieben, den ihre Vorfahren Jahrhunderte lang bestellt haben. Die Deutschen in baltischen Ländern wurden „heim ins Reich“ kommandiert. Millionen von Polen werden zwangsweise umgesiedelt. Diese Zwangsumsiedlung ist nicht durch Rücksicht auf die betreffende Volksgruppe bestimmt, sondern durch machtpolitische Interessen und Absprachen zwischen den Großmächten. Dies ist keine demokratische und gerechte Lösung.

Die Rechte der nationalen Minoritäten können teils mit Hilfe internationaler Verträge geschützt werden, die von allen Ländern garantiert und von zwischenstaatlichen Behörden kontrolliert werden. Die Angehörigen einer nationalen Minderheit dürfen nicht aus diesem Grund als minderwertige Mitglieder der Gesellschaft behandelt werden. Sie müssen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte haben, und auf ihre kulturellen Bedürfnisse muss Rücksicht genommen werden. Man hat auch überlegt, den nationalen Minderheiten das Recht auf Repräsentation in zwischenstaatlichen Organisationen zu geben, die die Aufgabe haben, nationale Übergriffe zu kontrollieren und ihnen vorzubeugen.

Am natürlichsten ergäbe sich die Lösung dieser Probleme innerhalb einer europäischen Föderation. Das Grundgesetz der Vereinigten Staaten von Europa könnte allen Bürgern - unabhängig von Sprache, Rasse oder Glaubensbekenntnis - gemeinsame Grundrechte geben. Für das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten könnten gemeinsame Organe für die nationalen und kulturellen Bedürfnisse der verschiedenen Völkerschaften geschaffen werden. Eine föderative Ordnung in Mitteleuropa würde diese Aufgabe weitgehend lösen können, auch wenn sich die umfassendere Föderation für ganz Europa noch nicht verwirklichen ließe.

So, wie die individuelle Freiheit in einem demokratischen Staat mit den gesellschaftlichen Interessen koordiniert werden muss, so müssen auch die Entscheidungen der einzelnen Nationen darauf Rücksicht nehmen, dass sie Bestandteil einer größeren Gemeinschaft sind. Die *gemeinsame* Sicherheit muss das entscheidende Prinzip werden. Die Frage des ehemaligen polnischen Korridors kann z.B. nie allein von einem isolierten polnischen oder deutschen Standpunkt gelöst werden. Polen fordert den Zugang zum Meer und ist daran interessiert, dass auf die Polen, die im „Korridor“ leben, Rücksicht genommen wird. Deutschland wehrt sich dagegen, dass Ostpreußen vom übrigen Deutschland isoliert ist und dass eine rein deutsche Stadt wie Danzig nicht dem Deutschen Reich zugehören kann. Hier hilft nur eine Lösung, die sowohl die deutschen wie die polnischen Interessen zufrieden zu stellen versucht.

Nur eine solidarische europäische Lösung kann den alten Gegensatz aufheben zwischen den nationalen

Sicherheitsinteressen eines Landes und dem Fortgang der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung in ganz Europa. Die imperialistischen Interessen erschweren die Überwindung dieser Gegensätze. Wenn sie einmal ausgeschaltet sind, wird es leichter werden, die nationale Unabhängigkeit mit einer handlungskräftigen gemeinsamen Organisation zu koordinieren. Dann wird die nationale Souveränität kein unüberwindbares Hindernis in Dingen sein, die von entscheidender Bedeutung für die Interessen der Gesamtheit sind. Aber die Anpassung der nationalen Souveränität an die gemeinsamen europäischen Interessen braucht keine Gefahr für die Freiheit und Selbstständigkeit der einzelnen Nationen zu bedeuten. Die Forderung nach europäischer Einheit schließt ein, dass man über die primitive Auffassung hinausgelangt, die besagt, dass man die eigene Sicherheit nur im Kampf gegen andere behaupten könne. Die viel solidere Sicherheit ist die zwischen den Völkern, die auf Lebensrecht und Lebensinteressen aller Nationen Rücksicht nimmt.

Wirtschaftsunion

[...]

Drei Hauptfragen verdienen besonders beachtet zu werden, wenn es um die Diskussion geht, die bisher über die wirtschaftliche Seite einer europäischen Föderation geführt worden ist:

Erstens sind sich viele darüber im Klaren, dass ohne gleichzeitige Lösung der ökonomischen Probleme kein dauerhafter Frieden möglich ist.

Zweitens erkennen die Menschen, dass die Kriegswirtschaft als Notmaßnahme ihren Nutzen haben mag. Aber sie fühlen das Bedürfnis nach einer Planwirtschaft im Frieden, nach Planung des Wirtschaftslebens der einzelnen Staaten und nach wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Völkern. Wenn man eine wirtschaftliche „Abrüstung“ erzielen will, dann müssen größere wirtschaftliche Einheiten geschaffen werden, als sie die jetzigen Nationalstaaten darstellen. Diese Entwicklung kann sich schrittweise mit dem Blick auf eine europäische und später eine weltumspannende wirtschaftliche Union vollziehen.

Drittens tritt immer deutlicher hervor, dass der Streit um die *Menschen* geht und die staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschen wegen da sind - nicht umgekehrt. Diese Erkenntnis sollte dafür sprechen, den kommenden Frieden mit einer wirtschaftlichen Ordnung zu verbinden, die den Lebensinteressen der Völker wirklich Rechnung trägt.

Das Problem, das in der ersten Nachkriegszeit im Vordergrund stehen wird, wird sicher der chaotische Zustand sein, der aller Wahrscheinlichkeit nach herrschen wird, nachdem der große Krieg über längere Zeit getobt hat. Europa, nicht nur die besiegten, sondern auch die siegreichen Länder, wird möglicherweise ebenso verarmt und verwüstet sein wie nach dem Dreißigjährigen Krieg. Zusammenbruch und Elend, Epidemien und Massenarbeitslosigkeit werden das Bild prägen. Gerade eine solche düstere Perspektive wird der Forderung Nahrung geben, dass die europäischen Völker die nationale Zerklüftung und den Kampf bis aufs Messer überwinden müssen, dass sie der europäischen Solidarität Gelegenheit geben, sowohl ihre Stärke zu zeigen als auch den späteren Zusammenschluss schon in der schwierigsten Übergangszeit zu festigen. Aber diese Perspektive erfordert, dass die Wirtschaft in den einzelnen Ländern von den Profitinteressen des Einzelnen befreit und in die Hände der Gesellschaft gelegt wird, die sie statt weiterer Zerstörung dazu benutzt, Sicherheit für alle Glieder der Gesellschaft zu schaffen.

[...]